

Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner  
Susen Fischer

Tagung „Stadtumbau und lokale Politik“  
Themenschwerpunkt (3): Stadtumbau und die Folgen für nachhaltige Stadtentwicklung

### **Abstract**

#### **Stadtumbau als ganzheitliche Strategie – Hemmnisse und Ansätze**

In Bezug auf die Städte in Ostdeutschland wurde vielfach ein Defizit an ganzheitlichen Strategien zur Bewältigung von Schrumpfungprozessen konstatiert. Ein Beitrag des BBR über schrumpfende Städte stellte fest: Schrumpfende Städte sind im Osten heute schon der Normalfall. Sie stehen für einen Typ von Stadtentwicklung, für den es keine hergebrachten, erprobten und belastbaren Bewältigungsstrategien gibt (vgl. Gatzweiler, Meyer, Milbert 2003: 558). Als Ansätze einer neuer Stadtentwicklungsplanung werden insbesondere neue, zwischen verschiedenen Akteuren abgestimmte Strategien und Konzepte gefordert.

Vor diesem Hintergrund wurden die im Kontext des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost erarbeiteten integrierten Stadtentwicklungskonzepte als die wichtigste städtebauliche Strategie in schrumpfenden Städten Ostdeutschlands dargestellt (BMVBW 2003). Der städtebauliche Ansatz des Stadtumbaus wird jedoch zunehmend als eine unzureichende Strategie zur Bewältigung von Schrumpfungprozessen in Städten erkannt. Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen setzen lediglich an den städtebaulichen Symptomen des Wohnungsleerstandes der Städte an und nicht an den wirtschaftlichen Ursachen der Stadtschrumpfung. Um auf die Komplexität des mehrdimensionalen Prozesses der Schrumpfung zu reagieren und um tatsächlich nachhaltige Wirkungen für eine Steigerung der Attraktivität der Städte erzielen zu können, sind Verknüpfungen der Förderstrategien des Stadtumbaus mit denen anderer Fachressorts (Wirtschaft, Soziales, Bildung, Kultur etc.) erforderlich (vgl. Bundestransferstelle Stadtumbau Ost 2006: 82).

Die durch den Stadtumbau Ost erhoffte Impulswirkung sowohl auf die Erarbeitung gesamtstädtischer Stadtentwicklungsstrategien, die neben städtebaulichen und räumlichen auch wirtschaftliche, kulturelle etc. Aspekte fokussiert, als auch auf die Auswahl der Instrumente und Kommunikationswege findet sich nur in wenigen Städten bestätigt und ist wie im Land Brandenburg stark förderpolitisch motiviert. In der kommunalen Praxis gibt es nach wie vor viele Unsicherheiten und Hemmnisse in Bezug auf die Konzeption ganzheitlicher Strategien und die Einbeziehung weiterer Akteursgruppen (lokale Wirtschaft, Vereine, Verbände etc.) in den Stadtumbau.

Der Tagungsbeitrag bezieht sich auf Forschungsergebnisse des DFG-Projekts „Strategische Stadtplanung – Ansätze der Regenerierung schrumpfender Städte in Ostdeutschland“. Das Forschungsvorhaben untersucht strategische Planungsansätze zur Regenerierung von schrumpfenden und de-industrialisierten Mittelstädten in Ostdeutschland. Dabei stand die Beantwortung u. a. folgender Fragen im Mittelpunkt:

- In welcher Form haben die Städte ganzheitliche Strategien zur Bewältigung von Schrumpfungprozessen erarbeitet (z.B. durch öffentliche Leitbildprozesse)?
- Wer waren/sind die treibenden Akteure der strategischen Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik? Welche Akteursgruppen wurden beteiligt?
- Welche Kooperations- und Konfliktstrukturen gibt es zwischen privaten und öffentlichen Akteuren?
- Welche Bedeutung hat der Stadtumbau insgesamt für die Struktur und Prozesse der lokalen Politik? Haben sich neue Governance-Strukturen herausgebildet?

Für die im Forschungsprojekt betrachteten Städte (Cottbus, Stralsund, Görlitz, Wittenberge, Dessau) lassen sich, übertragen auf die Fragestellungen der Tagung, u. a. folgende Aussagen ableiten:

- Das Defizit an geeigneten Strategien zur Bewältigung von Schrumpfungprozessen führte in einigen Städten in der strategischen Ausrichtung der Stadtentwicklung zu einer Dominanz der Stadtplanungsämter, deren Fokus auf städtebauliche Aspekte der Stadtentwicklung gerichtet sind. Die im Kontext des Programms Stadtumbau Ost entwickelten „Integrierten Stadtentwicklungskonzepte“ begrenzen ihren Integrationsanspruch allerdings auf die Ressorts Städtebau und

Wohnungswesen und beziehen die Wirtschaftsförderung oder weitere Ressorts nicht ein (Dessau). In anderen Städten fordern die Ämter für Wirtschaftsförderung dagegen zunehmend eine stärkere Beteiligung in der strategischen Ausrichtung der Stadtentwicklung (Stralsund).

- Die Initiative zur Erarbeitung ganzheitlicher Strategien der Stadtentwicklung (vor allem durch Leitbildprozesse) geht in den Städten häufig privaten Akteuren, von Vertretern der Wirtschaftsverbände, Unternehmen, Hochschulen und Tourismus aus (Bsp. Stralsund, Dessau). Seltener geht die Initiative von Bürgermeistern aus.
- Das zivilgesellschaftliche Engagement aktiver Bürgergruppen, Vereine, Hochschulen und privater Unternehmen für eine ganzheitlichere Betrachtung des Stadtumbaus wird von Politik und Verwaltung in Städten mit einer government-Steuerung oft ausgebrems. Das Misstrauen zwischen Politik/Verwaltung und Zivilgesellschaft hemmt die Entwicklung konsensfähiger Strategien. Die wechselseitigen Vorbehalte zwischen diesen Akteursgruppen begründen sich in der Annahme mangelnder Expertise und Lobbyismus (so haben zivilgesellschaftliche Akteure in Stralsund vier Jahre gebraucht, bis das Stadtparlament die Durchführung eines Leitbildprozesses beschlossen hat).
- Der Person des Oberbürgermeisters kommt als Führungsspitze der Stadtverwaltung und Politik eine Schlüsselrolle in der ganzheitlichen Strategieentwicklung zu. Oberbürgermeister mit einem hierarchischen Führungsstil und government-Verständnis haben wenig Interesse an der öffentlichen Aushandlung langfristiger Stadtentwicklungsstrategien. Sie sehen sich dadurch in ihren Handlungsspielräumen und ihrer politischen Legitimität eingeschränkt.
- Insbesondere die Verständigung über die wirtschaftliche Profilierung stellt sich in vielen Städten als konfliktreich dar. Im Unterschied zu manchen Großstädten sind in vielen Mittelstädten „postindustrielle“ Visionen, welche die Deindustrialisierung akzeptieren und voll auf zukünftige Dienstleistungen setzen, unter den Akteuren der Städte sehr umstritten. Während die eine Akteursgruppe die zukünftige Wirtschaftsbasis der Stadt im Ausbau der produzierenden Wirtschaft und der Ansiedlung neuer Industrien sieht und damit die Deindustrialisierung nicht akzeptiert, setzen andere Akteursgruppen ganz auf neue „postindustrielle“ Identitäten. Dieser Dissens erschwert dabei nicht nur die Aushandlung eines wirtschaftlichen Profils allein, sondern kann die Entwicklung eines ganzheitlichen Verständnisses des Stadtumbaus insgesamt hemmen.
- Die öffentliche Aushandlung von Strategien und Leitbildern der Stadtentwicklung kann dazu beitragen, einen lokalpolitischen Konsens zwischen den Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft über das eigene Selbstbild herzustellen und eine langfristige Orientierung der Stadtentwicklung zu bieten. Dieser lokalpolitische Konsens ist in manchen Fällen stärker (Stralsund), in anderen schwächer (Dessau) vorhanden. Ein Konsens ist jedoch ein wichtiger Faktor für die Entwicklung und Umsetzung ganzheitliche Strategien des Stadtumbaus.